

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A)
- Ich rufe die Tagesordnungspunkte 18 a bis 18 c auf:
- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Angelica Schwall-Düren, Günter Gloser, Kurt Bodewig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Rainer Steenblock, Ulrike Höfken, Marianne Tritz, weiterer Abgeordneter und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- (B)
- Für eine zukunftsgerichtete Weiterführung der Lissabon-Strategie – Neue Impulse zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung**
- Drucksache 15/5116 –
- Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
 Finanzausschuss
 Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
 Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
 Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
- Wachstum in Deutschland und Europa stärken – Neue Strategie für Lissabon-Ziele entwickeln**
- Drucksache 15/5025 –
- Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)
 Finanzausschuss
 Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
 Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
 Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (C)
 Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Zur Tagung des Europäischen Rates am 22./23. März 2005 – Stabilität und Wachstum stärken**
- Drucksache 15/5131 –
- Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
 Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.
- Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Kurt Bodewig.
- Kurt Bodewig (SPD):**
- Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast auf den Tag genau vor fünf Jahren kamen in Lissabon die Staats- und Regierungschefs der EU 15 zusammen, um über die Zukunft Europas zu entscheiden. In der „FAZ“ vom darauf folgenden Tag wurde über das historische Treffen unter dem sehr prosaischen Titel „In Lissabon redet der alte Kontinent über eine schöne neue Welt“ berichtet. Das war vor Rumsfelds „altem Europa“, aber es war zu Beginn einer atemberaubenden Entwicklung auf dem indischen Subkontinent und in China. Im Artikel von Michael Stabenow hieß es damals:
- Vor einem halben Jahrtausend waren von Lissabon aus europäische Seefahrer wie Kolumbus, Vasco da Gama und Magellan zu neuen Ufern aufgebrochen ... Es war, obwohl damals niemand den Begriff kannte, das erste Zeitalter der Globalisierung.
- Schon damals galt:
- Globalisierung ist für unsere Volkswirtschaften das, was für die Physik die Schwerkraft ist. Man kann nicht für oder gegen das Gesetz der Schwerkraft sein – man muss damit leben.
- So der Ökonom Alain Minic.
- Die Staats- und Regierungschefs gaben damals in Lissabon eine gemeinsame Antwort: Sie wollten die EU zum **wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt** machen. Die Lissabon-Strategie wurde in Euphorie geboren, geschuldet dem damaligen Zeitgeist der New Economy und getragen von dem Vertrauen in eine außerordentliche Wachstumsdynamik, übrigens nicht unähnlich den hohen Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf die Aktienmärkte.
- In der Folge durchliefen beide Bereiche europaweit eine nicht so erfreuliche ökonomische Entwicklung. Wir müssen leider im Rahmen der Halbzeitbilanz nüchtern
- (D)

Kurt Bodewig

- (A) feststellen: Das strategische Ziel ist für Europa nicht erreicht. Gegenüber den USA und Asien hat die EU an Boden verloren. Aber das heißt nicht, dass der strategische Ansatz von Lissabon falsch wäre. Der Bericht der High Level Group unter Leitung des früheren niederländischen Regierungschefs Wim Kok bekräftigt die Angemessenheit der Lissabon-Ziele, sagt aber deutlich, dass die damalige Plattform so breit geworden ist. Ich zitiere: „Bei der Lissabon-Strategie geht es um alles und damit im Grunde um nichts.“

Die **Kok-Gruppe** empfiehlt, Wachstum und Beschäftigung ins Zentrum der Strategie zu rücken, und mahnt politische Entschlossenheit an. Dazu gehört im globalen Kontext auch das Thema **Wettbewerbsfähigkeit**, die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der sich verändernden Welt und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im gemeinsamen europäischen Markt. Wettbewerbsfähigkeit ist keine kalte Bürde; sie ist Voraussetzung für soziale Sicherheit und die Wirksamkeit des europäischen Sozialmodells. Sie ist übrigens geprägt durch Innovationspotenzial und die Qualifikation der Menschen. Die Investition in Menschen ist Teil dieser Strategie; denn nur so können diese neue Chancen für sich, aber auch für unser Land ergreifen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Heimatstadt Grevenbroich liegt in einem Wissensdreieck. Ein entscheidender Winkelpunkt ist hier die RWTH Aachen, eine Universität, in der Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften seit jeher Tradition haben. Wer die technologischen und ökologischen Potenziale der dort forschenden und lehrenden Wissenschaftler kennt, weiß, dass Deutschland gut positioniert ist – viel besser, als manche Debatten in diesem Hause vermuten lassen. Wir wollen hier weiter investieren. Der Bundeskanzler hat das gestern noch einmal ausdrücklich unterstrichen. Wir glauben, dass es genau die richtige Strategie ist, die eigenen Stärken zu vermehren. Wir tun das und Sie sollten dabei mitwirken.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Deutschland wird trotz der schwierigen Haushaltslage verstärkt in **Forschung und Entwicklung** investiert. Aktuell werden Bundesmittel in Höhe von 8,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte bilden dabei Bereiche mit besonders hohem Innovationspotenzial wie Bio-, Nano- und I-und-K-Technologien. Gleichzeitig hat auch die Wirtschaft mehr Mittel für F und E mobilisiert, sodass der Anteil der gesamten F-und-E-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 2,3 Prozent im Jahr 1998 auf 2,5 Prozent im Jahr 2003 gestiegen ist. Auch das ist eine gute Zahl.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für uns gehört weiterhin dazu, das europäische Leitbild einer **nachhaltigen Entwicklung** aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Es ist sinnvoll, sich hier am Kok-Bericht zu orientieren. Natürlich ist **Umweltschutz**

ein Wettbewerbsvorteil; hier hat Europa, hier hat Deutschland eine Führungsrolle. Wir exportieren Umweltschutztechnologien weltweit. Daran sollten wir festhalten und auch diese Anstrengung verstärken.

(C)

Ökologische Innovationen, Ressourceneffizienz, verantwortlicher Umgang mit den Lebensgrundlagen, in all diesen Punkten unterscheiden wir uns wohltuend von dem verantwortungslosen Umgang etwa auf dem nordamerikanischen Kontinent; ich denke zum Beispiel an die gestrige Entscheidung zu den Ölvorkommen in Alaska. Wir gehen einen anderen und, wie ich glaube, den richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen auf Ressourceneffizienz wie auf Produktinnovationen, auf neue Energien genauso wie auf die langfristige Energieversorgung unter Nutzung der bei uns verfügbaren Ressourcen. Hier werden Milliarden investiert. Das ist gut. Weitere Anstrengungen müssen wir folgen lassen. Mit technologischen und ökologischen **Innovationen** werden neue Beschäftigungspotenziale geschaffen und Produktionskosten reduziert. Damit wird auch für diesen Bereich die europäische Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Die klare Empfehlung des Kok-Berichtes ist auch hier, Umweltschutz und Umwelttechnologien als einen Wettbewerbsvorteil zu beachten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der internationalen wirtschaftlichen Situation eint uns auch die Auffassung, dass die **Reduktion der Abhängigkeit vom Öl** ein zunehmend wichtiges Ziel ist.

(D)

Auf der CeBIT wurde wieder einmal deutlich, dass Deutschland auch in der **Informationstechnologie** außerordentlich stark ist. Beim E-Commerce ist Deutschland in absoluten Zahlen Marktführer in Europa. In diesem Bereich wurde im Jahre 2003 ein Umsatz von gut 138 Milliarden Euro erzielt. Zwei Jahre zuvor betrug der Umsatz nur 20 Milliarden Euro. Er hat sich also in zwei Jahren versiebenfacht. Das zeigt unsere Stärke. Wir können und wir werden sie weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber auch Folgendes deutlich machen: Wir brauchen ein Europa, das die Wirtschaft von ordnungspolitisch nicht gerechtfertigten bürokratischen Hemmnissen befreit. Bürokratische Überregulierungen sind wachstumshemmend. Deshalb setzen wir auf eine bessere und umfassendere Gesetzesfolgenabschätzung in der EU, die ein besonderes Augenmerk auf Beschäftigung, auf soziale Auswirkungen, auf Umweltbelange sowie auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit richtet.

Ein wichtiges Ziel ist auch, die Marktabschottung zu verhindern; denn sie ist europäisch desintegrierend. Gleiche Chancen für alle – das schafft eine neue Dynamik. Gleichzeitig sage ich in Richtung FDP, dass es genauso wenig eine Inländerdiskriminierung geben darf.

Kurt Bodewig

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Antrag der FDP wird sie aber akzeptiert.

Wir sind uns alle einig, dass wir eine **Dienstleistungsrichtlinie** brauchen, allerdings nicht in der gnadenlosen Form der Bolkestein-Richtlinie.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen auf **Entbürokratisierung** und Entfaltung einer neuen Dynamik im Dienstleistungsbereich, aber auch auf den Grundsatz der **Harmonisierung**. Ein race to the bottom darf es nicht geben. Wir wollen kein Sozialdumping, sondern eine europäische Harmonisierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kostet vielleicht etwas mehr Zeit als die rigorose Durchsetzung des alles übergreifenden Herkunftslandprinzips. Aber es führt zu einem gemeinsamen Europa und nicht zur Spaltung.

Ein großer Europäer, nämlich Willy Brandt, sagte einmal: Mit den Europaverhandlungen ist es wie mit dem Liebesspiel der Elefanten. Es spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf und es dauert lange, bis etwas herauskommt.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich glaube, es gibt andere Instrumente der Harmonisierung als die sektoralen Richtlinien. Wir müssen andere Formen einer niederschweligen Harmonisierung entwickeln. Da bietet die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie eine besondere Chance.

Wir wollen Wachstum und Beschäftigung sowie mehr und bessere Arbeitsplätze. Innovation ist die Keimzelle des Wachstums. Wir haben bereits wesentliche Schritte unternommen. Die **Agenda 2010** ist ein klarer Beitrag zur Lissabon-Strategie. Dieser Schritt war notwendig; er war nicht einfach, aber lohnend. Wir werden auf diesem Weg weitermachen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei all unseren Maßnahmen ist immer das Ziel, ein größeres **Beschäftigungspotenzial** zu entwickeln. Wir wollen dabei ein angemessenes **soziales Sicherungsnetz** erhalten; denn wir wissen: Nur mit Wachstum und Beschäftigung und mit Wettbewerbsfähigkeit wird es gelingen, unser europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell zukunftsfähig zu machen.

Ich habe eine Bitte an die Opposition. Uns Europapolitikern kommt zugute, dass wir öfter in anderen Ländern mit den Menschen sprechen können. Schauen Sie sich bitte deren Sicht auf Deutschland an. In anderen Ländern wird Deutschland als Exportweltmeister gesehen, es wird als attraktiver Standort, der den Wettbewerb um die besten Köpfe aufgenommen hat, sowie als Technologie- und Innovationsschmiede wahrgenommen. Der Bundeskanzler hat gestern die Hand gereicht, mitzuarbeiten,

dass das so bleibt. Man kann diese Hand ergreifen oder man kann sich in den Schmollwinkel zurückziehen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eines muss uns klar sein: Dieses Land hat Potenziale, die wir gemeinsam entwickeln können. Schwarzmalerei ist die falsche Strategie. Wir dürfen uns nicht in den Keller reden, sondern müssen nach vorne schauen und Farbe ins Bild bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Realitätsverlust ist das Allerschlimmste, Herr Kollege!)

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Peter Hintze.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Bodewig, ich bin mir nicht ganz sicher, mit wem Sie im Ausland über die **wirtschaftliche Situation in Deutschland** sprechen. Aber vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, was das Londoner Centre for Economic Reform am gestrigen Tage zum Lissabon-Bericht veröffentlicht hat. Es hat festgestellt, dass Deutschland im Rahmen des Lissabon-Prozesses von 27 Staaten – von den 25 der EU und zwei Staaten direkt vor der Mitgliedschaft – den 20. Platz und Frankreich im Vergleich dazu den vierten Platz einnimmt. (D)

(Jörg Tauss [SPD]: Da müsst ihr euch bewegen!)

Dazu muss man sagen: Es ist schon beachtlich, welche Realitätsverweigerung die Sozialdemokraten in diesem Haus angesichts der ökonomischen Lage in Deutschland betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir befinden uns am Ende einer bemerkenswerten Woche. Diese Woche hat schonungslos aufgedeckt, wo die Probleme in unserem Land liegen und wer für diese Probleme verantwortlich ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Waigel!)

Der Bundespräsident hat in seiner klugen Rede die Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland klar analysiert und Wege zu einem stabilen Wirtschaftswachstum und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgezeigt. Von der linken Seite des Hauses wurde ihm in einigen Zwischentönen bestritten, dass er dazu etwas sagen darf.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unglaublich!)

Ich bin dem Bundespräsidenten dankbar dafür, dass er in dieser Frage so klar und eindeutig gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das war

Peter Hintze

- (A) doch nicht eindeutig! – Weiterer Zuruf von der SPD: Einseitig!

Gestern hat nun der Herr Bundeskanzler eine Regierungserklärung abgegeben.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD] – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr eindeutig! – Jörg Tauss [SPD]: Das war eindeutig!)

Bemerkenswert an dieser Erklärung war, dass sie überhaupt stattfand. Über Monate haben wir bei Rot-Grün das krampfhafteste Festhalten am **Stillstand** erlebt. Wochenlang stand die 5-Millionen-Zahl im Raum. Alle Menschen in Deutschland waren davon umgetrieben und der Bundeskanzler verweigerte uns jegliche Debatte.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie als Generalsekretär des Stillstands müssen sowieso nichts erzählen!)

Dazu passt – wir haben dies in verschiedenen Aktuellen Stunden beklagt –: Wir mussten auch erleben, dass der Bundeskanzler über einen Namensartikel in einer deutschen Tageszeitung **Änderungen des Stabilitätspaktes** ankündigte, die zu einer Aushöhlung des Paktes führen, und dass er dem Parlament, den Abgeordneten, bis auf den heutigen Tag eine Debatte über seine Vorschläge verweigert hat. Das halten wir angesichts der Lage für skandalös.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Unglaublich! Da klatschen immerhin sechs Leute! Für so bedeutsam halten sie die Debatte! Sechs Leute sind hier!)

- (B) Symptomatisch für die Lähmung, in der sich Rot-Grün befindet, ist das, was wir gestern in Kiel erlebt haben.

(Günter Gloser [SPD]: Wir reden über Lissabon! – Weiterer Zuruf von der SPD: Thema verfehlt!)

Was soll die deutsche Bevölkerung denken, wenn angesichts der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, angesichts der großen Probleme und angesichts eines drohenden Konjunkturerinbruchs ein Wahlgang nach dem anderen durchgeführt wird,

(Zurufe von der CDU/CSU: Peinlich!)

Frau Simonis viermal durchfällt und das Elend kein Ende hat! Ich sage dazu: Sie fügen **Schleswig-Holstein** einen schweren Schaden zu, wenn Sie die Dinge sich weiter so hinschleppen lassen. Wir müssen in diesem Lande handeln und die richtigen Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Peter Altmaier [CDU/CSU]: Schleswig-Holstein braucht einen Stabilitätspakt!)

Was die wirtschaftliche Strategie von Lissabon und die Debatte gestern angeht: Ohne unsere Initiative, ohne die Initiative der Union

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD] – Jörg Tauss [SPD]: Ihr seid wunderbar!)

- und auch – ich will das gerne hinzufügen – ohne die häufigen Aufforderungen unserer Kollegen von der FDP (C)

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist ein Traum!)

hätte der Bundeskanzler weiter geschwiegen, wenn er das Parlament zwischen Abu Dhabi und Dubai überhaupt besucht hätte. Hätten wir den Kanzler nicht zu dieser Regierungserklärung getrieben,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Quatsch!)

dann hätte die Regierung weiterhin die Hände in den Schoß gelegt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Eine glatte Selbstüberschätzung von Ihnen ist das!)

– Die Zurufe des Kollegen Schmidt lohnen selten aufgegriffen zu werden. Ich will mir heute eine Ausnahme erlauben.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Schon wieder arrogant!)

Lieber Herr Schmidt, Sie können als Parlamentarischer Geschäftsführer nicht alles überblicken. Sie haben viel zu tun: Wahl des Wehrbeauftragten, die Entscheidung in Schleswig-Holstein usw.; ich nehme Ihnen das nicht übel. Aber in den Fachausschüssen hat uns die Bundesregierung zur Lissabon-Strategie mitgeteilt, die **Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans**, die Erarbeitung dessen also, was die einzelnen Mitgliedstaaten unternehmen, sehe man in Deutschland für die Zeit nach der Bundestagswahl 2006 vor. Vorher gebe es keinen. Wir mussten die Regierung dahin tragen, dass etwas angesichts der dramatischen Arbeitslosenzahlen in Deutschland geschieht. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Wir danken euch!)

Nun ist einiges aufgegriffen worden. Das ist auch gut. Aber vieles ist leider verweigert worden. Ich fürchte, dass wir bis zum Jahre 2006 wertvolle Zeit verlieren werden, und das in einer hochkritischen Situation: Sämtliche Annahmen der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2005 und für die Sozialversicherungssysteme sind bereits heute Makulatur. Ich verweise dazu auf zwei Faktoren. Von Februar 2004 bis Februar 2005 hatten wir bei den **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen** den höchsten Einbruch in einem Zwölfmonatszeitraum in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Das heißt, die Einnahmen, mit denen wir für unsere Sozialversicherungssysteme rechnen, werden drastisch unterschritten. Das hat Rückwirkungen, die die Bundesregierung jetzt noch leugnet und ignoriert, die sie aber einholen werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das haben Sie letztes Jahr auch behauptet, und das war auch falsch!)

Diese negative Tendenz droht sich fortzusetzen. Das hat gravierende Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen. Dazu kommen rasch steigende Rohstoffpreise auf breiter

Peter Hintze

- (A) Front, die die wirtschaftliche Entwicklung zu lähmen drohen. Die größte Volkswirtschaft in Europa, nämlich unsere in Deutschland, steht vor einem gefährlichen Konjunkturereinbruch. Deswegen können wir uns weiteres Zuwarten schlicht und ergreifend nicht erlauben. Wir müssen handeln, und zwar in einem Gesamtkonzept.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Bildung und Wissenschaft blockieren, das ist das Einzige, was ihr könnt! – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Wenn das Maul größer ist als das Hirn, dann ist es das Tauss-Syndrom!)

– Der Kollege Tauss ist ja auch der berüchtigtste Zwischenrufer des Deutschen Bundestages.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und der intelligenteste!)

Sie sollten aufhören, Forschung und Entwicklung in Deutschland zu blockieren,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Schwätzer!)

wie Sie es bei der Grünen Gentechnik zulasten unseres Wirtschaftsstandorts gemacht haben. Ich vertrete hier im Deutschen Bundestag den Wahlkreis Wuppertal. Dort gibt es mit dem Unternehmen Bayer eines der in diesem Bereich führenden Unternehmen der Welt. Mit Ihrer Politik sorgen Sie dafür, dass diesen Unternehmen immer mehr der Boden entzogen wird. Ich hoffe, dass es bei Ihnen zu einer Umkehr kommt.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vor fast genau fünf Jahren, am 23. und 24. März 2000, hat der Europäische Rat in Lissabon nicht zuletzt auf Initiative dieser Bundesregierung das Ziel formuliert, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen wir zum Thema!)

Das Ziel war gut, das Ziel war richtig, aber die Bilanz zur Halbzeit ist ernüchternd und bedrückend. Herr Kollege Bodewig hat eben schon einmal ganz zaghaft auf den Bericht des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Kok verwiesen. Wenn man sich diesen Bericht einmal vor Augen führt, kann man nur feststellen: Die Zwischenbilanz des Lissabon-Prozesses, die diese Bundesregierung wesentlich mitverantworten hat, ist absolut vernichtend. Vor allem die Feststellung des Kok-Berichtes, es mangle am politischen Willen in den Mitgliedstaaten, zeigt uns: Ankündigungen und schöne Worte reichen nicht aus, nur Taten zählen. Hier steht Deutschland leider sehr schlecht da. Wir sind Schlusslicht beim Wachstum in Europa. Die Arbeitslosenzahlen erreichen immer neue Höchststände, und das alles bei immer neuen und höheren Schulden.

- (Jörg Tauss [SPD]: Da habt ihr die Rekorde gelegt, mein Lieber! – Gegenruf von der CDU/CSU: Menschenkind, Tauss!) (C)

Im Jahr 2000 erklärte Bundeskanzler Schröder in Lissabon nach dem damaligen Europäischen Rat, er habe kein Problem, ein jährliches **Wirtschaftswachstum** von 3 Prozent anzupeilen. Angepeilt hat er es kräftig, aber beim Anpeilen hat es die Regierung belassen. Leider gibt es einen weiten Abstand zum Ziel. Das ist die Bilanz dieses Prozesses der letzten fünf Jahre.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich empfinde es als erfreulich, dass der neue Kommissionspräsident Barroso klare Worte gefunden und auch das Eingeständnis formuliert hat, dass es so wie in den letzten fünf Jahren in Europa nicht weitergehen kann. Wir sind die größte Volkswirtschaft innerhalb Europas. An uns hängt es ganz entscheidend, ob es weiter so elend bleibt oder ob wir aus dem Elend herauskommen.

- (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was für ein Maßstab, „Elend“!)

Barroso hat konkrete Vorschläge für einen Neustart vorgelegt. Wachstum und Beschäftigung sollen im Zentrum stehen. Dies ist richtig und entspricht genau dem, was wir auch in Deutschland brauchen.

Der Herr Schmidt hat gerade dazwischengerufen: Was ist Elend?

- (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was das für ein Elend ist! Sie verlieren jeden Maßstab! Das war mein Zwischenruf!) (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze schrumpft in einem erschreckenden Maß. Bereits heute, da wir darüber reden, gibt es mehr Menschen, die ihren Lebensunterhalt aus sozialen Kassen bestreiten müssen, als Menschen, die über unser **Sozialsystem** in diese sozialen Kassen einzahlen.

- (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist Quatsch! Woher haben Sie denn das?)

Das hat massive Rückwirkungen auf die politische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung und des Bundestages.

- (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Lug und Trug! – Zuruf des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Wir machen das einmal. Es sind 26 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 20 Millionen in Rente, 5,2 Millionen Arbeitslose, 2,7 Millionen ohne Sozialversicherung.

- (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was hat das mit 20 Millionen Rentnern zu tun?)

– Auch das will ich Ihnen erklären, Herr Schmidt. Sie bewerben sich möglicherweise auch einmal für andere Ämter. Für diesen Fall ist es nicht schlecht, wenn Sie das wissen.

Peter Hintze

- (A) (Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Haha!)
Rentner sind Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und einen moralischen und rechtlichen Anspruch darauf haben, aus der Rentenversicherung nun ihre Rente zu bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist etwas ganz anderes als das, was Sie gerade unterstellt haben! Sie sind ein Verunglimpfer und Verleumder!)

– Lieber Herr Schmidt, dieser kleine Zwischenruf fällt mit Macht auf Sie zurück und bleibt an Ihnen kleben.

(Beifall des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU])

Das Solidarsystem unserer Sozialversicherung funktioniert aber nur, wenn wir unsere wirtschaftlichen Kräfte so aktivieren,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Da brauchen wir Ihre Belehrung schon gar nicht!)

dass in die Systeme eingezahlt wird, sodass wir aus ihnen auch auszahlen können. Diese Regierung riskiert sehenden Auges die Fahrt in Richtung Abgrund und ruft noch, es gebe kein Problem. Das ist das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie haben eben von „Elend“ gesprochen! Wir haben uns darüber unterhalten, ob Sie Elend meinen oder nicht! Was hat das mit Elend zu tun?)

- (B) – Das Elend droht, wenn dieser Prozess so weitergeht.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie haben gesagt, wir sind im Elend, nicht, es droht!)

– Dann will ich auf diesen Zwischenruf hin, um eine intellektuelle Übereinstimmung herzustellen, sagen: Es droht Elend, wenn es so weitergeht, wenn Sie sich diesen Fakten und den notwendigen Konsequenzen weiterhin verweigern.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Gut, dass Sie nicht mehr in der Kirche sind!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch für die europäische Ebene gilt: Ehrgeizige Ziele und auf Effizienz gerichtete europäische Abstimmungsprozesse sind richtig und wichtig. Aber **die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik** ist in allererster Linie eine nationale Aufgabe. Wir müssen hier die Arbeit erledigen. Wir müssen uns über die Realität und darüber verständigen, wie wir die wirtschaftliche Lage in Deutschland verbessern, einen massiven konjunkturellen Einbruch abwenden und massive strukturelle Probleme überwinden können. Das ist auch die europapolitische Pflicht, die Deutschland im Rahmen des Lissabon-Prozesses hat. Es geht natürlich um uns, um unser Land, um unsere Menschen; es geht aber auch um unsere Verantwortung für das Ganze, für Europa, für die Europäische Union. Wenn wir in Deutschland weiterhin falsche Politik machen, be-

schädigen wir damit auch die Europäische Union und die gemeinsamen Bemühungen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Heinrich [FDP])

Ein weiterer wichtiger Punkt steht am Sonntag an. Es geht um die Zukunft des **Stabilitätspakts**.

(Kurt Bodewig [SPD]: Wachstum und Stabilität!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die linke Seite dieses Hauses die Ohren verstopft, wenn es um dieses Thema geht. Vielleicht sind Ihre Augen noch offen. Ich empfehle Ihnen den Beitrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Professor Weber, in der „Süddeutschen Zeitung“ von heute. Er schreibt geradezu beschwörend, dass die Philosophie von SPD und Grünen, dass man mit höherer Verschuldung etwas Positives für die Wirtschaft tun könnte, absolut falsch ist. Höhere Verschuldung legt im Gegenteil die Axt an die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Deswegen ist die Aufweichung des Stabilitätspaktes ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gesunde Staatsfinanzen und wirtschaftliches Wachstum

(Jörg Tauss [SPD]: Wie bei Waigel!)

sind die zwei Seiten einer Medaille. Deshalb sind alle Bemühungen um Wachstum und Beschäftigung im Lissabon-Prozess zum Scheitern verurteilt, wenn wir uns ein kurzfristiges konjunkturelles Aufflackern mit einer langfristigen Verschuldung erkaufen wollen. (D)

An diesem Wochenende haben die Finanzminister der Europäischen Union die letzte Möglichkeit, sich noch vor dem Europäischen Rat über eine Rettung des europäischen Stabilitätspakts zu einigen. Sollte dies nicht gelingen, wird, so fürchte ich, auf dem Europäischen Rat in der kommenden Woche unter dem Verhandlungsdruck die Vernunft vollends auf der Strecke bleiben. Das wäre ein Problem für Europa, für den Euro und für die Verlässlichkeit der Politik. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass wir hier in diesem Hause, dass aber natürlich auch die Staats- und Regierungschefs in Brüssel das Wohl dieser und zukünftiger Generationen im Blick halten und nicht heute das verfeuern, was wir morgen brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Bundesregierung betreibt im Moment eine Politik gegen den Pakt.

(Kurt Bodewig [SPD]: Das ist doch Unsinn! – Jörg Tauss [SPD]: Sie machen eine Politik gegen die Konjunktur!)

Sie war noch nicht einmal bereit, die ihnen schon weit entgegenkommenden Vorschläge von Ratspräsident Juncker aufzunehmen, der auch verbindliche Regeln für den Fall vorgeschlagen hat, dass wir aus der wirtschaftlichen und finanziellen Misere wieder herauskommen, damit in guten Zeiten nicht ignoriert wird, was uns in

Peter Hintze

- (A) schweren Zeiten sehr zu schaffen macht. Es ist schon sehr kritisch, dass die Bundesregierung nicht einmal diesen Gedanken aufgreift. 5,2 Millionen Arbeitslose und eine Rekordverschuldung

(Jörg Tauss [SPD]: Welche Rekordverschuldung? Waigel?)

sind der klare Beweis dafür, dass der Bundeskanzler und sein Finanzminister mit ihrem wirtschafts- und finanzpolitischen Latein am Ende sind.

Die Lissabon-Strategie bedeutet für Deutschland, sich von Fesseln zu befreien. Es ist von vielen kritisch betrachtet worden, dass die Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion hier über das Thema **Freiheit** gesprochen hat. Das kann nur kritisch betrachten, wer die soziale Marktwirtschaft und ihre Ideen noch nie verstanden hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Günter Gloser [SPD]: Hayek oder Erhard, das ist die Frage!)

Freiheit ist das entscheidende Element, um wirtschaftliche Kräfte freizusetzen, um die Fähigkeiten der Menschen freizusetzen. Wir müssen unserem Land wieder die Freiheit zurückgeben, die auch seine Kräfte entfesselt, die das Steuerrücklicht lichtet, den Marsch in den Schuldenstaat stoppt und die Knebelungsregulierung aufbricht.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

- (B) Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Sie hatten recht viel Zeit und haben auch schon eine Minute überzogen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss.

In diesem Sinne sollte uns der Lissabon-Prozess aufritteln, das zu tun, was in unserem Lande notwendig ist, damit Wachstum und Beschäftigung wieder einkehren und wir von dem unseligen Kurs der rot-grünen Regierung abkehren.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Günter Gloser [SPD]: Und wieder bleibt die Frage offen: Hayek oder Erhard?)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rainer Steenblock.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hintze, was war das für eine Rede?

(Beifall bei der SPD – Peter Hintze [CDU/CSU]: Eine gute!) (C)

Meine Güte! Und das bei dem Thema, das wir hier heute zu behandeln haben.

Sie haben eine wirklich schlechte Replik auf gestern zu zelebrieren versucht nach dem Motto „Was ich der Regierung immer schon einmal sagen wollte“. Sie haben Versatzstücke aus vielen Reden noch einmal zusammengestückelt und das dann hier zum Vortrag gebracht. In einer Situation, in der wir als Regierung – Sie anscheinend nicht – darum ringen, wie wir dieses Europa an den Lissabon-Zielen ausrichten können,

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Davon ist bei Ihnen nicht viel zu merken!)

halten Sie diese Rede, lieber Kollege Hintze. Diese Rede, lieber Kollege Hintze – so sehr ich Sie im Europaausschuss schätze –, war wirklich daneben. 11.45-11.55.doc

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will nur zu drei Punkten kurz etwas sagen.

Der erste: Die Menschen in diesem Land erwarten von uns, wenn wir uns um diese großen Fragen streiten – was richtig ist –, unterschiedliche Konzepte, aber sie erwarten von uns auch **Glaubwürdigkeit** und dass wir ehrlich zu dem stehen, was wir sagen. Sie sprechen über Reformen in diesem Land. Sie wissen genau, dass diese Bundesregierung in den letzten Jahren ein Reformpaket geschnürt hat – Sie können mit dem Inhalt übereinstimmen oder nicht –, das an die Grenzen der Belastbarkeit vieler Leute in diesem Land gegangen ist. Aber wir haben uns dieser Aufgabe gestellt, wir haben diese Reformen in Deutschland realisiert und umgesetzt. Wir sind auf diesem Weg mit der Geschwindigkeit, die möglich ist, nach vorne gegangen. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben in dieser Debatte nicht nur eine miese Opposition gemacht, sondern Sie haben im Bundesrat auch an allen möglichen Stellen im Bremserhäuschen gegessen, wenn es darum ging, Reformen konsequent umzusetzen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie wenigstens zu Ihrer Rolle im Bundesrat als Verhinderer von Reformen stehen und dass Sie sich aus dieser Debatte nicht herausstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Zweite: Was mich wirklich erschreckt hat, ist die Beziehung, die Sie zwischen **Transfereinkommenbeziehern**, Beschäftigten und dem Elend hergestellt haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Und den Versicherten!)

Lieber Kollege Hintze, der Zusammenhang, den Sie dort herzustellen versucht haben, grenzt an Demagogie.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Rainder Steenblock

- (A) Sie haben die Rentner in den Topf „ohne Beschäftigung“ geworfen; das haben Sie auch noch einmal ausgeführt. Was ist das für eine Diskriminierung von Leuten? Was haben Sie damit angedacht oder zumindest zu denken nahe gelegt?

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Sie können das Bild, dass Sie zu zeichnen versucht haben, doch nicht ernst meinen: hier die ganzen Transfer-einkommenbezieher, die vom Staat alimentiert werden müssen, da die paar Beschäftigten; schon gar nicht, wie Sie diese Gruppen eingeteilt haben. Lieber Kollege Hintze, so geht das nicht! Mit solchen demagogischen Äußerungen können wir die Debatte nicht bestehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb appelliere ich an Sie, Ihre Äußerungen zurückzunehmen.

Das Dritte, die Sache mit der **Verschuldung**; das ist eine beliebte Argumentation. Wir führen diese Stabilitätsdebatte mit großer Ernsthaftigkeit. Man kann darüber streiten, ob Verschuldung notwendig ist, um bestimmte wirtschaftliche Prozesse wieder anzustoßen. Bei den Vorschlägen, die gestern gemacht worden sind, stehen Sie bei der Gegenfinanzierung, auch im Unternehmensteuerbereich, wieder auf der Bremse. Sie sagen: „Gut, Steuererleichterung für die Unternehmen, Steuererleichterungen hier und dort“, aber wenn es um die Gegenfinanzierung geht, wenn es darum geht, die Verschuldung tatsächlich unter die Maastricht-Grenze zu senken, wenn wir dafür Maßnahmen ergreifen müssen, die anderen wehtun – vielleicht auch Ihrer Klientel –, dann stehen Sie sich sofort aus der Verantwortung, kloppen hier aber große Sprüche. So geht das nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Bodewig hat die Lissabon-Strategie schon sehr umfassend beschrieben und den Rahmen sehr deutlich gemacht. Deshalb möchte ich mich im Wesentlichen auf zwei Aspekte beschränken, die mir in dieser Diskussion wichtig sind: Die Erhöhung von **Wachstum und Beschäftigung** und die Verwirklichung der **Wissengesellschaft** sind nur mit einer konsequenten Förderung von Forschung und Entwicklung zu erreichen und mit einer deutlichen Verbesserung unserer – die will ich einmal so bezeichnen – Bildungsarbeit. Unser Bildungssystem muss zukunftsfest gemacht werden. Diese beiden Bereiche – Forschung und Entwicklung sowie Bildung – sind die Kernbereiche, um die es geht, wenn wir in Europa die Ziele von Lissabon erreichen wollen.

Wir müssen dabei eins sehr deutlich sagen: Auf dem Weg in diese Wissensgesellschaft müssen die sozialen Gegensätze und die Behinderungen beim Zugang zu Bildung, die ganz besonders in Deutschland noch vorhanden sind, reduziert werden. Sonst werden wir in Deutschland dieses Ziel nicht erreichen.

Die Staats- und Regierungschefs haben in Lissabon den Weg dorthin klar beschrieben: Sie haben sich darauf geeinigt, die **Ausgaben für Forschung und Entwick-**

- lung** auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das ist die Richtgröße, die wir unterstützen. Wir wollen auf diesem Wege alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Die da drüben können noch nicht einmal die Eigenheimzulage abschaffen!)

– Ja, das kommt gleich.

Man muss ehrlicherweise feststellen – so viel zur Glaubwürdigkeit –, dass wir dieses Ziel im Jahre 2002 nicht erreicht haben. Wir liegen bei 1,93 Prozent. Wenn wir das Tempo der letzten vier Jahre – eine durchschnittliche Steigerung um jeweils 0,11 Prozent – beibehalten, dann werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Wir müssen schneller werden, sonst sind wir erst 2040 oder 2050 bei diesen 3 Prozent. Das können wir nicht wollen und das können wir uns auch gar nicht leisten. Deshalb müssen wir, die wir für die Politik verantwortlich sind, zusätzliche Anstrengungen unternehmen.

Ich sage aber auch sehr deutlich: Auch die **Unternehmen** müssen ihren Teil dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Führen Sie sich einmal vor Augen, dass die 500 größten europäischen Unternehmen ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahre 2003 um 2 Prozent reduziert haben, während die 500 größten amerikanischen Unternehmen ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung im gleichen Zeitraum um 3,9 Prozent erhöht haben! Daran erkennen Sie, was hier in Europa zurzeit falsch läuft. Das hat auch etwas mit den hier wirtschaftlich verantwortlich tätigen Unternehmen zu tun. Wir müssen zu einer Veränderung der Einstellung im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung kommen. Die Politik muss hier eine Hilfestellung geben. Ich glaube aber, dass auch die Unternehmen hier in der Verantwortung sind, aus der wir sie nicht entlassen können. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Europäische Union hat vorgeschlagen, die Mittel für das 7. Forschungsrahmenprogramm von 20 Milliarden Euro auf 40 Milliarden Euro zu erhöhen. Das ist ein mutiger und, wie ich glaube, richtiger Schritt, um den wir nicht herumkommen. Hier müssen wir den Schwerpunkt im EU-Haushalt setzen. Wir müssen Gelder aus anderen Bereichen umschichten, um diesen Schwerpunkt im Forschungs- und Entwicklungshaushalt zu setzen. Wir müssen aber auch die nationalen Aufgaben realisieren.

Lieber Kollege Hintze, Sie fordern hier die Verantwortung der Regierung für die nationalen Anstrengungen bezüglich der Lissabon-Ziele ein. Dieser Verantwortung kann man sich nicht in der Art und Weise entziehen, wie Sie das tun. Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben Ihnen mehrmals angeboten, ein großes Milliardenprogramm für Investitionen im Bildungsbereich dadurch zu finanzieren, dass die **Eigenheimzulage** gestrichen wird. Dies scheitert regelmäßig an der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Rainer Steenblock

- (A) Sie nehmen eine Schuld auf sich, die historische Dimensionen hat, weil Sie unser Bildungssystem und unsere Forschungseinrichtungen durch die Art und Weise, wie Sie hier Verhinderungspolitik betreiben, systematisch schwächen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Peter Hintze [CDU/CSU]: Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Kollege!)

– Das ist unter Ihrem Niveau. Das finde ich auch. – Persönlich haben wir ja ein gutes Verhältnis, aber das, was Sie dort politisch zu verantworten haben, geht nicht. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen und wir werden an jeder Stelle sagen, dass Sie die Verantwortung dafür tragen, dass wir die 6 Milliarden Euro nicht im Bildungsbereich investieren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, innerhalb der Lissabon-Strategie haben wir eine Reihe von Aufgaben zuzätzlich zu erledigen. Wir sind uns in dieser Regierung einig, dass wir das ernst nehmen und dass wir unsere Verantwortung, die wir im Bereich der nationalen Aktionspläne haben und auch weiterhin haben werden, übernehmen. Mit einer Verweigerungshaltung und groß tönenden Reden, die keine inhaltliche Substanz haben und in denen keine konkreten Vorschläge gemacht werden, wie es weitergehen soll, werden wir das nicht erreichen.

- (B) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**
Herr Kollege, bitte.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Deshalb werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen und diesen Weg konsequent weitergehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jürgen Türk.

Jürgen Türk (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Steenblock, ich werde mich nicht an diesem Schwarzer-Peter-Spiel beteiligen. Es bringt uns nicht weiter.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist der schwarze Peter!)

Sie sind in der Verantwortung; denn Sie stellen die Bundesregierung. Es läuft nicht. Schauen Sie auf die 5,2 Millionen Arbeitslosen! Dafür müssen Sie die Verantwortung übernehmen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Hintze ist der schwarze Peter!)

Die europäischen Regierungschefs werden sich in Brüssel vor allen Dingen mit dem Stabilitätspakt und mit der Neuausrichtung der so genannten Lissabon-Strategie beschäftigen. Nach der Lissabon-Strategie der EU – sie ist in Lissabon beschlossen, deswegen heißt sie so – sollte die EU von 2000 bis 2010 zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt werden. Man muss schon jetzt, zur Halbzeit, feststellen: Diese Strategie ist grandios gescheitert; das hat der von Wim Kok vorgelegte Halbzeitbericht unmissverständlich klar gemacht. Der Abstand – um das einmal zu verdeutlichen – zur führenden Industrienation USA hat sich weiter vergrößert statt verkleinert. Die EU hinkt derzeit den USA bei der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigtem um 44 Prozent, bei der Beschäftigungsquote um 11 Prozent und beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um 60 Prozent hinterher.

Wenn die EU im weltweiten Wettbewerb um Arbeitsplätze – darum geht es hier – nicht weiter ins Hintertreffen geraten will, muss sie umsteuern. Setzen Sie diesen Prozess – das sage ich zum nicht anwesenden Bundeskanzler – auf dem bevorstehenden Europäischen Rat in Gang! Notwendig ist vor allem eine Umschichtung des EU-Haushaltes zugunsten der Mittel, die in Bildung, Wissenschaft und Forschung fließen, wie wir das in unserem Antrag gefordert haben. 3 Prozent sind eindeutig zu wenig, um diesen Abstand wenigstens etwas zu verringern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die **wissenschaftlich-technische Entwicklung** entscheidet darüber, wer im wirtschaftlichen Wettbewerb die Nase vorne hat. Die Forschung von heute sichert Arbeitsplätze von morgen. Wir sind davon überzeugt, dass die große technologische Lücke, die sich zwischen Europa und den USA aufgetan hat, vor allem dadurch verursacht worden ist, dass die USA seit Jahren deutlich mehr Geld für die Forschung eingesetzt haben. Damit Europa seinen technologischen Rückstand aufholen kann, muss es mehr Mittel für angewandte Forschung aufwenden und effizienter und zielgenauer einsetzen. Es ist eine Chance für Europa, das so zu machen und besser zusammenzuarbeiten.

Die Schuld für die insgesamt negative Entwicklung liegt nicht in erster Linie in Brüssel. Die EU kann nun einmal nicht besser sein als die Summe ihrer Mitgliedsstaaten. Da liegt manches im Argen, insbesondere in Deutschland. Das ist kein Schlechtreden, sondern das muss man einmal deutlich sagen. Ansonsten kann man nichts verändern. Deutschland leidet seit Jahren an nicht oder zu zaghaft in Angriff genommenen Reformen und fällt deshalb bei fast allen wirtschaftlichen Kennzahlen im europäischen Vergleich zurück. Wenn aber die bedeutendste Volkswirtschaft der Europäischen Union krankt, kann Europa nicht so vorankommen, wie das nötig und wünschenswert ist.

(Beifall bei der FDP)

Nun ein Wort zur umstrittenen **Dienstleistungsrichtlinie**. Herr Bodewig, das Ziel dieser Richtlinie ist es, die Wettbewerbsfähigkeit Europas durch den Abbau unnöti-

Jürgen Türk

- (A) ger Bürokratie und die Vereinfachung der Verfahren in den Mitgliedstaaten zu erhöhen; darin stimmen wir wahrscheinlich noch überein. Der Kern des Richtlinienentwurfs, das Herkunftslandprinzip, muss natürlich noch genauer definiert werden. Vielleicht können wir das auch zusammen machen. Wir verstehen darunter, dass man die Bürokratie für den freien Wettbewerb schon im Herkunftsland erledigt und dann die Regeln des Gastlandes erfüllt. So sehen wir das Prinzip.

Natürlich bedarf die Richtlinie noch einiger Klarstellungen. So ist es notwendig, die Voraussetzungen für eine enge grenzüberschreitende Kooperation von Behörden zu schaffen. In sensiblen Bereichen müssen großzügige Übergangsregelungen gelten, und zwar in Stufen. Natürlich sind wir nicht daran interessiert, dass Verwerfungen entstehen. Daher muss man die Regelungen entsprechend anpassen. Aber das Ziel muss in Sicht bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Zudem muss eine Rechtsaufsicht durch das Inland gewährleistet werden, damit es zu keiner **Inländerdiskriminierung** kommt.

Wir bekennen uns zur Liberalisierung des Binnenmarktes. Dazu zählt auch und gerade die Liberalisierung des besonders wachstumssträchtigen Dienstleistungssektors. Wir fordern dazu auf, mit Augenmaß an der Erarbeitung der Richtlinie mitzuwirken und sie nicht zu behindern oder gar zu bremsen.

- (B) Wir fordern auch, nicht länger die Axt an das Vertragswerk zu legen, das Europas Wachstum sichern soll: den **Stabilitätspakt**. Die Bundesregierung hat eine unrühmliche Vorreiterrolle dabei gespielt, den Stabilitätspakt bereits ein Jahr nach Lissabon zu beerdigen, indem sie dreimal hintereinander – Sie wissen das –, nämlich 2002, 2003 und 2004, die Höchstgrenze für die jährliche Neuverschuldung und für die Gesamtverschuldung überschritten hat. Das wird sie wahrscheinlich auch 2005 tun.

Jetzt versucht sie, den Stabilitätspakt aufzuweichen. Ich kann das nicht verstehen. Wenn Sie versuchen, aus 5 Prozent 3 Prozent zu machen, dann verstoßen Sie gegen alle Grundrechenarten. Das diszipliniert auch nicht. Sie stellen damit nicht nur die luxemburgische Präsidentschaft infrage, sondern Sie gefährden den ganzen Terminplan für die finanzielle Vorausschau ab 2007.

(Kurt Bodewig [SPD]: Wenn Luxemburg zum Ergebnis kommt, ist der Terminplan gewahrt!)

Sie wissen, dass das insgesamt nicht mehr aufgehen wird, wenn Luxemburg scheitert. Das nehmen Sie in Kauf.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, denken auch Sie bitte an die Zeit. Es ist eine Debatte, in der alle ein bisschen Mühe haben, die Zeit einzuhalten.

Jürgen Türk (FDP):

Das ist nicht in Ordnung. Wir wollten klar und deutlich sagen, dass man das nicht machen kann.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Aber Steuern können wir senken!)

(C)

Wir appellieren an Sie, beim Rat nicht alles aufs Spiel zu setzen und zu verhindern, dass Deutschland am Ende noch mehr zahlen muss, als es jetzt schon zahlt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hans-Werner Bertl.

Hans-Werner Bertl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen ein Europa, das für seine Bürgerinnen und Bürger ein Raum der Freiheit, der sozialen Sicherheit, des Wachstums und der Beschäftigung ist. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, den weiteren Ablauf und die Konzentration der Lissabon-Strategie so in Europa zu gestalten, dass die Vollendung des Binnenmarktes unter dieser Zielsetzung erfolgt. Wir müssen begreifen, dass das nur dann von den Menschen in 25 Staaten akzeptiert und mitgetragen wird, wenn dieser Weg nicht von Ängsten um Arbeitsplätze, um soziale Standards und um soziale Sicherungssysteme begleitet wird, die manchmal durch Richtlinien bei den Menschen in Europa entstehen. Europa ist etabliert und gewollt. Die Bürger zeigen uns aber oft, dass sie sich noch nicht sicher fühlen und Unsicherheit und Sorgen den Weg der 25 Staaten zum vollendeten Binnenmarkt begleiten.

(D)

Die Lissabon-Strategie – ein Begriff seit März 2000 – zeigte für mich einen sehr ambitionierten Weg der Europäischen Union auf. Es gibt acht Hauptziele und 120 untergeordnete Ziele und alle haben das Bestreben, den Dreiklang von Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialem Zusammenhalt so zu gestalten, dass am Ende ein Lebensraum für fast eine halbe Milliarde Menschen so gefestigt steht, dass er Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand bietet. Das ist ein Ziel, das zu verwirklichen sich lohnt.

(Beifall bei der SPD)

Der Halbzeitbericht von **Wim Kok** zeigt uns, dass wir in vielen Bereichen den richtigen Weg eingeschlagen haben, er zeigt aber auch, und zwar sehr deutlich, wie notwendig es ist, Ziele gestrafft anzugehen und sich vor allen Dingen auf ein Weniger zu konzentrieren. Der Hinweis auf notwendige Konzentration, nämlich auf nachhaltiges Wachstum und Steigerung der Produktivität, auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und – ganz entscheidend – auf Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen sowie die Erhöhung der Beschäftigungsrate, zeigt in der Halbzeitbilanz, dass auch wir in Deutschland Chancen haben, die komplexen Herausforderungen anzunehmen und ein europäisches Sozialstaats- und Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das den Menschen soziale Sicherheit und Wohlstand in diesem Raum der 25 ermöglicht.

Hans-Werner Bertl

(A) Wir haben in unserem Land damit begonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Agenda 2010 ist die größte Arbeitsmarktreform, die je gemacht worden ist.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: So ist das!)

Es sind tief greifende Umstrukturierungen unseres Sozialsystems vorgenommen worden. Wir haben über 300 000 Menschen aus der Sozialhilfe herausgeholt und ihnen einen Zugang zu aktiver Arbeitsmarktpolitik ermöglicht. Wir haben über 180 000 Jugendliche, die in diesem Land kein Mensch mehr zur Kenntnis genommen hat, aus der Sackgasse geholt und bieten ihnen die Möglichkeit, durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik gefördert zu werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben damit begonnen, steuerliche Entlastungen mit einem Volumen von über 50 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Ökologische Nachhaltigkeit ist keine platte Formel, sondern eine entscheidende Zielsetzung. Ich glaube, es ist bereits deutlich geworden, dass Bildung, Forschung und Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. Das wird von uns auch getan und es zeigt bereits Wirkung.

(B) Wenn der Bericht von Wim Kok eine Botschaft enthält, dann ist es der Auftrag, mit aller Konzentration dafür zu sorgen, dass finanzielle Ressourcen in den Mitgliedstaaten insgesamt in Bereiche mit hohen **Wachstumspotenzialen** gelenkt werden. Wir müssen in Europa ein Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, welches ihnen Zugang zu öffentlich geförderter Forschung und Entwicklung ermöglicht. Wir müssen den Zugang zu den Märkten ermöglichen und insbesondere den Zugang zu finanziellen Mitteln fördern, die Innovationen und Investitionen sicher gestalten und gerade kleine Unternehmen hinsichtlich ihrer Liquidität besser stellen. Denn in diesem Bereich bestehen die großen Probleme, sowohl bei uns als auch in der Europäischen Union.

Das Ziel, Bildung und Innovationen zu fördern, verlangt auch von uns in unserem Land die Konzentration unserer finanziellen Ressourcen. Wie wir bereits gehört haben, gehen Sie diesen Weg entweder kaum oder gar nicht mit.

Wir wollen bis 2010 die Ausgaben für **Forschung und Entwicklung** auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Dabei ist auch die Wirtschaft gefordert. Der Blick in andere Länder – insbesondere in die USA –, wo Investitionen im Bereich der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung fließen und zu entsprechenden Ergebnissen führen, die uns schon heute Sorgen machen müssen, zeigt, dass wir auf diesem Weg auch gemeinsam mit der Wirtschaft noch einiges in unserem Land erreichen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Die Notwendigkeit eines nationalen Aktionsplans im Hinblick auf **Arbeit für Junge und Ältere** – ich erspare mir den Hinweis auf die demographische Situation; sie ist, glaube ich, bekannt – besteht in der Tat. Unser Weg hat bereits zu ersten Ergebnissen geführt. Vieles gerät schnell in Vergessenheit. Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes bietet in weiten Bereichen jungen Menschen Möglichkeiten, an Bildung und Berufsbildung teilzuhaben, die es früher nicht gegeben hat. Was das Sozialgesetzbuch II angeht, stehen 6,8 Milliarden Euro für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Das zeigt, dass wir den richtigen Weg verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Ausbildungsangebot für alle jungen Menschen bis 25 Jahre hat es in diesem Land noch nie gegeben. Wie bereits gestern deutlich geworden ist, ist die Möglichkeit, Maßnahmen für Ältere aufzuzeigen, geschaffen worden. Vieles davon läuft erst seit dem 1. Januar und zeigt langsam Wirkung. Manches wird erst in den nächsten Wochen und Monaten seine Wirkung entfalten.

Aber ich glaube, der von uns verfolgte Weg, mit dem wir auch die Konsequenz aus dem Kok-Bericht ziehen, ist richtig und er zeigt, dass wir die richtige Richtung einschlagen wollen. Mehr Wachstum und die Verwirklichung der Wissensgesellschaft müssen für uns in Europa mit der konsequenten Förderung von Forschung und Entwicklung einhergehen, und zwar – das sage ich deutlich – mit höherem Einsatz in allen Bereichen der Bildung.

(D)

Wer die sozialen Gegensätze in Europa verringern will, hat meines Erachtens nur *eine* Möglichkeit: Investition in **Bildung**, und zwar für die junge Generation, und lebensbegleitendes Lernen für alle, weil es das beste Mittel gegen soziale Ausgrenzung im Verbund der 25 Staaten in der Europäischen Union ist. Ich glaube, darin liegt unsere Zukunft.

Ich bin sicher, dass wir den Wim-Kok-Bericht verstanden haben. Wir haben unsere Politik entsprechend darauf ausgerichtet. Die Agenda 2010 zeigt, dass wir diesen Weg sehr konsequent verfolgen werden. Ich fordere Sie auf: Begleiten Sie uns auf diesem Weg, insbesondere was die Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung angeht, die im Grunde das Einzige sind, was uns übrig bleibt. Diesen Weg müssen wir in Deutschland gehen, um unsere Zukunft in Europa und der Welt zu gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Matthäus Strebl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Matthäus Strebl** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie sollte die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. Bereits fünf Jahre später ist klar, dass Europa die Lissabon-Ziele verfehlt hat und sich Deutschland wegen der rot-grünen Politik als Bremser erweist. Die Gründe hierfür sind offensichtlich: Ursprünglich war eine EU-weite Anhebung der Beschäftigungsrate auf 70 Prozent geplant. Der Anstieg der Beschäftigung erfolgte jedoch zu Beginn sehr zögerlich und kam 2003 völlig zum Erliegen. Mit einer Beschäftigungsquote von europaweit 64,3 Prozent im Jahr 2003 ist dieses Ziel in weite Ferne gerückt. Die Wirtschaft legte nur bescheidene Wachstumsraten vor. In Deutschland gab es so gut wie gar kein Wachstum, weil die makroökonomischen Bedingungen bei uns nicht stimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Jürgen Türk [FDP])

Das Produktivwachstum verlangsamte sich. So lag das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Europa bei 91 Prozent, während es in den Vereinigten Staaten von Amerika bei über 140 Prozent lag. Hinzu kommen weitere Herausforderungen wie die zunehmende Überalterung in Europa, die sich weiter beschleunigende Globalisierung sowie die Sorgen und Möglichkeiten, die sich aus der EU-Osterweiterung ergeben.

(B) Die **Defizite** Europas sind struktureller Natur. Europa ist hinter die USA und Asien zurückgefallen. Dabei sollte Deutschland als größte Exportnation in der Gemeinschaft als *der* Wachstumsmotor und Impulsgeber agieren. Stattdessen begnügt sich Deutschland damit, Schlusslicht innerhalb der EU zu sein.

(Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk [SPD]: Auch beim Export?)

Die Bundesregierung hat im Wettbewerb mit den Mitgliedstaaten zwar Rekorde aufzuweisen. Doch leider handelt es sich dabei um Negativrekorde. Die Arbeitslosigkeit ist auf einen historischen Höchststand von offiziell 5,2 Millionen bzw. tatsächlich weit über 7 Millionen Arbeitslose angewachsen. In Deutschland betrug das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nur 1,6 Prozent im vergangenen Jahr, während die Wirtschaft in den OECD-Staaten im Jahr 2004 um 2,9 Prozent gewachsen ist. Außerdem kämpfen die Sozialversicherungen bei uns nach wie vor gegen den Bankrott.

Die Bundesregierung schafft es nicht, durchgreifende strukturelle Veränderungen in die Wege zu leiten. Sie lebt in dem Irrglauben, mit der Agenda 2010 alles Nötige getan zu haben, um eine Verbesserung herbeizuführen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Leider wahr!)

Der Kanzler konnte in seiner gestrigen Regierungserklärung keine zukunftsweisenden Perspektiven aufzeigen, und das, obwohl er fast eineinhalb Stunden Redezeit hatte.

(C) Es geht nicht darum, mit kurzfristigen Maßnahmen eine Staatsinsolvenz in Deutschland abzuwenden. Viel wichtiger ist es, auf die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung, der Globalisierung und vor allen Dingen der EU-Osterweiterung zu reagieren. Daher stellt sich die Frage: Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün, was machen Sie? Sie verstricken sich mit überflüssigen Gesetzen, wie zum Beispiel mit dem **Antidiskriminierungsgesetz**. Bereits am Entwurf erkennt man, dass dieses Gesetz zu mehr Bürokratie, explodierenden Kosten und einer wahren Klageflut führen wird. Es ist ein Jobkiller. Auch rechtliche Vereinfachungen oder Klarstellungen machen diesen Entwurf nicht besser. Daher fordere ich Sie auf: Nehmen Sie Ihr Bürokratiemonstrum komplett vom Tisch!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Jürgen Türk [FDP])

Die Bevölkerung erlebte bereits in den letzten Jahren eine Flut von politischen Maßnahmen, die weitgehend wirkungslos geblieben sind. Nur dort, wo die Union mitgemacht hat, ist es etwas geworden.

Europa kann nur einen großen Schub erhalten, wenn Deutschland wieder auf die Füße kommt. Dazu gehören in erster Linie ein Aufschwung in der Wirtschaft und infolgedessen mehr Arbeitsplätze. Das ist nur unter den richtigen politischen Rahmenbedingungen möglich. Auch die deutschen **Manager** teilen nicht den Optimismus, den der Kanzler gestern hier mit seiner eineinhalbstündigen Rede verbreiten wollte. Einer Umfrage zufolge wiegt für die Manager besonders schwer, dass angesichts der rückläufigen Wachstumsprognosen Erfolg versprechende Konzepte fehlen. Nur noch 21 Prozent erwarten, dass sich die Standortbedingungen künftig verbessern werden. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter 869 Topmanagern in Deutschland, die vom „Handelsblatt“ in Auftrag gegeben wurde. Eine Verbesserung der Standortbedingungen wäre aber eine Grundvoraussetzung für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Deutschland.

Daher fordern wir diese Bundesregierung auf, auf nationaler und auf europäischer Ebene Wachstum und Arbeitsplätze in das Zentrum der Lissabon-Strategie zu stellen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

in dem Kernbereich Wirtschaft und Soziales endlich ihrer nationalen Verantwortung nachzukommen, sich nicht auf die bloße Umsetzung europäischer Richtlinien zu beschränken oder eine wachstumshemmende Übererfüllung anzustreben und vor allen Dingen endlich eine nationale Gesamtstrategie vorzulegen, die der beschäftigungswirksamen Wachstumsförderung eindeutig Priorität einräumt und über bisherige Reformvorhaben hinausgeht.

Gesamteuropäische Beschäftigungsprogramme sind zwar schön und gut; aber nur, wenn diese Bundesregierung die nationalen Brennpunkte in den Griff bekommt, kann das Ziel einer dynamischen europäischen Wirtschaftsregion Wirklichkeit werden.

(Beifall des Abg. Alexander Dobrindt [CDU/CSU])

(A) Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, denken Sie bitte daran, dass Ihre Redezeit vorbei ist.

Matthäus Strebl (CDU/CSU):

Ja, Frau Präsidentin.

Ich komme zum Schluss. Der Kanzler und sein Visakanzler können sich selbst beweihräuchern, wie sie wollen: Für sie springt nur ein müder Applaus der rot-grünen Koalition heraus; aber Deutschland bringt es nicht voran.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Eine sehr unangemessene Rede zu diesem Thema!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Axel Schäfer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Agenda 2010 ist der Lissabon-Prozess. Die deutsche Agenda 2010 ist die Regierungserklärung von Gerhard Schröder. Diese Agenda ist gestern konkretisiert und weiterentwickelt worden; sie ist auf einem guten Wege.

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend in Bezug auf den Lissabon-Prozess ist, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Das tut diese Regierung; aber auch die Opposition – es ist hier angesprochen worden – trägt Verantwortung. Sie, die Opposition, haben zwei Möglichkeiten: Entweder beharren Sie im Bundesrat auf Ihrer Mitentscheidung und stellen sich Ihrer Mitverantwortung oder Sie beharren im Bundesrat auf Ihrer Mitentscheidung und stehlen sich dann – mit allen Konsequenzen – immer wieder aufs Neue aus der Verantwortung. Vor dieser Alternative stehen Sie. Darüber müssen wir hier reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An der Zahl der **Arbeitslosen** kann man das sehr leicht deutlich machen. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, dass die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen werden. Das ist nicht wegen der Statistik geschehen, sondern um klar zu machen, dass diese Menschen eine Chance bekommen sollen. Die Statistik ergibt, dass jetzt 5,2 Millionen Menschen arbeitslos sind. Damit sind genauso viele Menschen arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger wie 1998 am Ende der Ära Kohl. Das ist die Situation. Darüber reden Sie nicht. Sie betreiben Angst-mache und bauen einen Popanz auf. Sie verunsichern Menschen und Sie beeinträchtigen damit die Chancen, die wir gemeinsam nutzen müssen, damit wir in Deutschland vorankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Lieber Kollege Hintze, Sie versuchen, den Bundespräsidenten hier im Parlament parteipolitisch zu instrumentalisieren. In der Praxis heißt das nicht nur, dass Sie dem Amt des Staatsoberhauptes auf längere Sicht schaden, sondern auch, dass Ihre Partei hier, was eigene Ideen angeht, abdankt. Das haben wir bei Ihnen festgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme auf die **europäischen Statistiken** zu sprechen. Man muss mit Begriffen sehr aufpassen, zum Beispiel wenn man über Elend redet. Die Gefahr, in Deutschland arm zu werden, ist insgesamt relativ gering. Konkret gesprochen: In 22 anderen europäischen Ländern ist diese Gefahr größer. Auch darauf sollte man aufmerksam machen, damit man bei den Leuten keine Armutsangst schürt. Besser als Angst zu schüren ist es, ihnen zu sagen: Jawohl, wir haben die Chancen, deutsche Probleme auch in und mit Europa zu lösen; wir sind nicht immer nur die Letzten. – Angst zu schüren ist wirklich das Letzte, was man sich als Argument einfallen lassen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Türk, wir ziehen heute Zwischenbilanz. Das ist wie beim Fußball: Zur Halbzeit stellt man fest, wo man steht. Wir stehen nicht so gut da, wie wir wollten, und wir müssen uns anstrengen. Aber wer ein Spiel bereits zur Halbzeit verloren gibt, der kann und wird 2010 natürlich nicht gewinnen. Wir wollen gewinnen und wir werden gewinnen.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Bundesregierung hat im Gegensatz zu ihrer Vorgängerregierung die Beiträge in den Sozialsystemen nicht weiter ansteigen lassen. Wir haben die Rentenversicherung stabilisiert und wir haben eine Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung ermöglicht. Dies ist eine der zentralen Voraussetzungen für den Lissabon-Prozess. Das ist auch von der Kommission ausdrücklich anerkannt worden.

Es ist wichtig, an diesem 18. März darauf aufmerksam zu machen: Wir befinden uns zeitlich in der Mitte des **Solidarpaktes**, der bekanntlich – so lautet die Vereinbarung – eine Laufzeit bis 2019 hat. Dieser Solidarpakt macht die spezifische Lage Deutschlands deutlich, für die es in Europa bekanntlich keinen Vergleich gibt, was uns die Kommission auch immer konzidiert hat. Ich will hier noch einmal betonen: Wir befinden uns in der Mitte eines welthistorischen Experimentes, das darin besteht, ein geteiltes Land mit unterschiedlichen Sozial- und Wirtschaftssystemen auf der Basis von Frieden und Demokratie zu vereinigen. Dafür gab es vorher keine Konzepte. Das heißt, wir müssen uns immer wieder aufs Neue anstrengen, wir müssen Dinge verändern, wir müssen dazulernen. Das machen wir auch. Nur dann, wenn

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) wir diesen Weg gehen, haben wir in Deutschland und mit Europa Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns dabei durchaus auch einmal zur europäischen Außensicht kommen. Ich möchte aus der französischen, konservativ orientierten Zeitung „**Le Figaro**“ zitieren:

Wenn in Deutschland reformiert wird, dann wird das gründlich getan. Als es darum ging, die Großzügigkeit des Sozialstaates einzudämmen, hat die deutsche Regierung den starren Arbeitsmarkt ebenso wie die Renten reformiert. In Frankreich begnügt man sich hingegen zu oft mit Einzelreformen ohne Gesamtkonzept. So werden oft neue Ungleichheiten geschaffen. Berlin besitzt einen weiten ... Vorzug, die Beständigkeit.

Mit „Berlin“ ist die Bundesregierung gemeint.

In Paris hat man allzu oft den Eindruck, von einem zum anderen Plan zu hüpfen, je nach den Vorstellungen einzelner Minister.

So weit „Le Figaro“.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt bewusst, weil das angesprochen worden ist, in diesem Zusammenhang auf den Stabilitätspakt zu sprechen. Ich gebe Ihnen den Rat: Lies nach bei **Helmut Schmidt!** Er verfügt bekanntlich auch heute noch bei Ihnen, bei CDU/CSU und FDP, zu Recht über hohes Ansehen. Er hat darauf aufmerksam gemacht, dass es erstens gelungen ist, tatsächlich eine stabile europäische Währung zu schaffen – Währungsstabilität ist in Deutschland bekanntlich besonders wichtig –, und dass wir zweitens eine Flexibilisierung des Paktes brauchen. Das ist auch richtig, denke ich.

Der Lissabon-Prozess darf nicht allein im Hinblick auf Wirtschaft, Arbeit und Wissen beurteilt werden. Vielmehr muss er im Zusammenhang mit dem **europäischen Prozess** der Entwicklung und der Neu- und Umgestaltung, in dem wir uns befinden, gesehen werden. Dazu gehören drei Dinge: Das Erste ist die Verfassung, in der wir gemeinsame Werte definieren und Handlungsfähigkeit gewährleisten. Das Zweite ist der Finanzrahmen, der auf solide Weise die Notwendigkeiten mit den Möglichkeiten verbindet. Das Dritte ist ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept, das die Europäische Union als Friedensmacht stärkt. Auf all diesen Feldern hat sich seit Beginn des Lissabon-Prozesses im Jahr 2000 Entscheidendes getan. Das Wichtigste ist: Wir sind sowohl mit der Verfassung, mit der Agenda 2007 als auch mit dem Konzept von Brüssel aus dem Jahre 2003 auf einem guten Weg.

Ich sage ganz selbstbewusst: Diese Initiativen sind entscheidend von der deutschen Bundesregierung gekommen; von ihr kamen die wesentlichen Impulse in all diesen drei Feldern.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Opposition hat in der Frage der Verfassung zögerlich Anschluss gefunden. Sie hat in Bezug auf die finanzielle Vorausschau sofort der Regierung zugestimmt. Sie hat den Brüssel-Gipfel erst geschmäht und hat dann geschwiegen, als sie gesehen hat: Wir sind in diesem Bereich auch außen- und sicherheitspolitisch vorangekommen. Lissabon zeigt unser Verständnis von Politik: kritisch, aber auch selbstkritisch. Ferner zeigt dieser Prozess, dass die rot-grüne Bundesregierung der Garant dafür ist, die deutschen Interessen in Europa zu vertreten und zugleich die europäische Einigung als das wichtigste deutsche Interesse anzusehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Danke schön. – Ich schließe damit die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/5116 und 15/5025 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Vorlage auf Drucksache 15/5131 soll zur federführenden Beratung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen werden. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.